



ASIEN/PHILIPPINEN - Wahlen: Katholiken fordern zu Transparenz und Zuversicht auf

Manila (Fidesdienst) – Im Vorfeld der Wahl am 13. Mai riefen die Bischöfe des Landes und zu Achtung der „Sakralität der Stimmabgabe“ und Transparenz auf. Insbesondere warnten sie in diesem Zusammenhang vor der Praxis des Stimmenkaufs und der damit verbundenen Begünstigung von Korruption und Vetternwirtschaft. Die philippinischen Wähler wählen ein neues Parlament, einen Teil des Senats und zahlreiche Vertreter für Provinz und Gemeinderäte.

Erzbischof Sergio Uteig von Tuguegrao erinnert in einem in den vergangenen Tagen veröffentlichten Hirtenbrief daran, dass „Wahlen für das Gemeinwohl von wesentlicher Bedeutung sind: indem man sich für Volksvertreter entscheidet, die die besten Voraussetzungen dafür schaffen, dass jeder seiner Berufung nachkommen kann“. In seinem Schreiben warnt der Erzbischof auch vor weit verbreiteten Übeln, wie Vetternwirtschaft, die Existenz politischer Dynastien, Unehrlichkeit und Korruption: „Chancengleichheit ist eine Frage der Gerechtigkeit, die in unserem Land noch nicht gewährleistet ist“, betont der Kirchenführer. Dabei erinnert er daran, dass man die eigene Stimme „kompetenten und dienstbereiten Kandidaten“ geben sollte und solche Kandidaten abzulehnen seien, die „Positionen vertreten, die nicht mit der Lehre der Kirche vereinbar sind“.

Die kirchliche Bewegung „Dilaab“ gibt im Zusammenhang mit der Wahl folgende fünf Ratschläge: man solle für das Land und die Wahl beten; aktiv an der Wahl teilnehmen; den Stimmenkauf ablehnen; Kandidaten nach ihrem Lebensstil und ihrem guten Ruf beurteilen; sich mit anderen Wählern austauschen.

Die katholische Bewegung „White Movement“ fordert zu aufrichtigen, ordentlichen und friedlichen Wahlen (Honest Ordained Pacific Elections, HOPE). Denn Ehrlichkeit sei die Wurzel der Zuversicht, so die Bewegung, die im Zusammenhang mit der Wahl auch betont, dass „sich bei dieser Wahl zeigen werde, ob die Bürger des Landes eine politische Reife erlangt haben.“ Die Bewegung fordert dazu auf die eigene Stimme Kandidaten zu geben, die „sich für den Schutz des Lebens und der Umwelt und eine gute Regierungsführung einsetzen“ und Programme auf den Weg bringen, die die Armut bekämpfen und Familien unterstützen und auf den Schutz der Würde und der Rechte aller Menschen abzielen. (PA) (Fidesdienst, 13/05/2013)